

Der Klimawandel wartet nicht - Mit Höchstgeschwindigkeit in eine klimagerechte Zukunft!

Was Brot für die Welt vom 22. Weltklimagipfel in Marrakesch erwartet

Unter großem Aufsehen wurde auf der UN-Klimakonferenz 2015 ein neuer Weltklimavertrag verabschiedet: das Pariser Abkommen. Nun muss dieses auch ambitioniert umgesetzt werden. Vom 7. bis 18. November 2016 trifft sich die internationale Vertragsstaatenkonferenz (COP) in der marokkanischen Stadt Marrakesch zum ersten Mal seit dem historischen Klimaabkommen von Paris. COP 22-Gastgeberland Marokko selbst gilt als Vorreiter im Klimaschutz und kann damit glaubhaft und ehrgeizig die Verhandlungen führen.

Bei der COP 21 im letzten Jahr in Paris ist es gelungen, den ersten völkerrechtlich verbindlichen Klimavertrag zu verabschieden, der Verpflichtungen für alle 195 Staaten enthält. Die Staatengemeinschaft hat sich auf das Ziel verpflichtet, die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen und möglichst auf unter 1,5 Grad zu beschränken. Um das zu erreichen, haben sich die Staaten verpflichtet, die globalen Treibhausgasemissionen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auf

„Netto-Null“ zu senken. Damit setzt die Staatengemeinschaft leider nicht auf die drastische Minderung von Treibhausgasen, sondern auf die sogenannte „CO₂-Abscheidung und -Speicherung“ Carbon Capture and Storage (CCS). Diese Technologie ist umstritten, weil sie riskant und unausgereift ist. Das Abkommen erkennt jedoch an, dass die Treibhausgasemissionen den gefährlichen Klimawandel antreiben, und es für diesen als globale Gefahr auch eine globale Lösung braucht.

Das Pariser Abkommen tritt in Kraft, sobald mindestens 55 Staaten, die mindestens 55 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verursachen, dem Abkommen beigetreten sind. Am 22. April diesen Jahres wurde der Beitrittsprozess im Beisein des UN-Generalsekretärs eröffnet, feierlich unterzeichneten 175 Staaten das Abkommen. Als erstes Land ratifizierte Fidschi den Weltklimavertrag. Weil seitdem viele Staaten dem Abkommen unerwartet schnell beigetreten sind, wird das Pariser Abkommen als erstes globales Klimaabkommen nun bereits



Um die Insel vor dem steigenden Meeresspiegel zu schützen, werden auf Tuvalu/Fidschi künstliche Dämme durch zementgefüllte Tonnen errichtet.

am 4. November 2016 gültig. Unter den Beitrittsländern finden sich neben den USA und China auch Deutschland.

Die rasante Ratifizierung ist ein sehr positives Zeichen für die ernsthaften Bemühungen bei der Eindämmung des Klimawandels und unterstreicht die Versprechen der Staatsoberhäupter glaubhaft. Diese Dynamik wird sich hoffentlich im weiteren Verhandlungsprozess zur Ausgestaltung des Abkommens fortsetzen.

Ein neues Abkommen allein reicht nicht

Auch wenn das Pariser Abkommen Anfang November in Kraft tritt und die Umsetzungsphase bereits begonnen hat – noch gibt es viel zu tun. Viele technische Details müssen geklärt werden, denn das Abkommen selbst bietet lediglich einen Rahmen, der jetzt weiter ausgefüllt werden muss. Die internationale Arbeit in der Klimapolitik ist mit dem Abkommen nicht beendet, sie fängt vielmehr gerade erst an. Endlich gibt es ein völkerrechtliches Mandat, die internationale Staatengemeinschaft in die Pflicht zu nehmen, Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen und die ärmsten und verletzlichsten Staaten bei der Anpassung und Bewältigung von Schäden und Verlusten zu unterstützen.

Für Brot für die Welt und seine Partnerorganisationen ist der Weltklimagipfel in Marokko gerade deswegen entscheidend, müssen in Marrakesch die Mo-

COP 22-Gastgeber Marokko

Vom Klimawandel ist das nordafrikanische Land auf zweifache Weise betroffen: Auf der einen Seite leidet Marokko unter den gefährlichen Auswirkungen des Klimawandels in Form von Wasserknappheit und Dürren, auf der anderen Seite wächst der Bedarf an Energie.

Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Entwicklung Marokkos grundlegend. Im Jahr 1995 hatten weniger als 20 Prozent der Bevölkerung Zugang zu Elektrizität, heute sind es über 99 Prozent. In kurzer Zeit hat es das Land also geschafft, seine Bevölkerung fast vollständig mit Elektrizität zu versorgen. Doch diese basiert auf importierten fossilen Rohstoffen. Marokko deckt seinen Energiebedarf bisher vor allem mit Erdöl, Erdgas und Kohle, die zu über 95 Prozent importiert werden müssen. Da sich der Energiebedarf des Landes bis 2025 voraussichtlich verdoppeln, bis Mitte des Jahrhunderts gar verfünffachen wird und das Land gleichzeitig selbst bereits heute unter den Auswirkungen des Klimawandels leidet, musste die Regierung umdenken.

2009 entwickelte sie eine neue nationale Energiestrategie – kohlenstoffarm und klimaresilient. Bis 2030 soll der Anteil von erneuerbaren Energien am Strom-Mix bei 52 Prozent liegen. Mit dieser Strategie ist Marokko nicht nur in Nordafrika und dem Mittleren Osten, sondern weltweit ein Vorreiter im Klimaschutz.

dalitäten geregelt und Prozesse geklärt werden, um das Abkommen schnellstmöglich umzusetzen. Einige Staaten diskutieren bereits ehrgeizig, ob die Maßnahmen im neuen Vertrag nicht schon vor dem Jahr 2020 starten könnten, da das Abkommen nun rechtskräftig ist. Denn der gefährliche Klimawandel schreitet unaufhörlich voran. So war das Jahr 2015 nicht nur das Erfolgsjahr von Paris, sondern brach in puncto globale Erwärmung auch einen traurigen Rekord: Zum ersten Mal seit Beginn der systematischen Messungen vor mehr als hundert Jahren wurde die globale Ein-Grad-Celsius-Erwärmungsgrenze überschritten. Das Jahr 2015 war das bisher wärmste Jahr seit Beginn der Messungen, die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre überschreitet die kritische Schwelle von 400 Teilen pro Million. Der Klimawandel hat also keine Pause eingelegt. Leider reichen die im Abkommen vorgesehenen Pläne der internationalen Staatengemeinschaft zum Klimaschutz bislang nur aus, um die globale Erwärmung auf unter drei Grad Celsius zu halten. Und das auch nur, sofern alle Zusagen auch wirklich umgesetzt werden. Die Anstrengungen der Staatengemeinschaft zum Klimaschutz müssen darum dringend nachverhandelt werden, um die globale Erwärmung auf unter zwei Grad beziehungsweise 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Alle fünf Jahre müssen die Staaten laut Pariser Abkommen neue Klimaschutzpläne vorlegen, anhand dieser wird geprüft, ob diese zur Begrenzung auf maximal 1,5 oder zwei Grad Celsius reichen.

Was macht Brot für die Welt bei der COP 22?

Zusammen mit Partnerorganisationen aus dem globalen Süden sowie den Netzwerken ACT Alliance und Climate Action Network setzt sich Brot für die Welt für eine Klimapolitik ein, die sich an den Bedürfnissen der ärmsten und gegenüber dem Klimawandel besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen ausrichtet und einen menschenrechtlichen Ansatz verfolgt. Das Pariser Abkommen bestätigt diesen Ansatz in seiner Präambel.

Die Präambel stellt die Bezüge zur Klimarahmenkonvention her und beinhaltet die Prinzipien des Abkommens: wissenschaftsbasiertes Handeln, Solidarität mit den besonders vulnerablen Staaten, die Berücksichtigung der Wechselwirkung zwischen Klimawandel und Armutsüberwindung, die Wahrung von Ernährungssicherheit, die Verpflichtung auf die Menschenrechte in ihrer ganzen Breite ebenso wie auf Klima-, Geschlechter- und Generationengerech-

tigkeit, sowie ein Bekenntnis zur Bedeutung nachhaltiger Lebensstile und Konsummuster. Die Präambel zeugt somit von einem transformativen Entwicklungsverständnis.

Brot für die Welt sucht auf dem Weltklimagipfel in Marrakesch das Gespräch mit politischen Entscheiderinnen und Entscheidern und beteiligt sich an Veranstaltungen. Im Dialog mit Politik, Zivilgesellschaft und Medien wollen wir klimagerechte politische Regelwerke durchsetzen, die transformativen Prozesse einläuten und die globale Erwärmung auf weit unter zwei Grad beziehungsweise auf möglichst 1,5 Grad Celsius begrenzen. Partnerorganisationen von Brot für die Welt aus dem globalen Süden bringen ihre Erfahrungen aus der Projektarbeit und ihre

Die Kernforderungen von Brot für die Welt für die COP 22 sind:

- Die Modalitäten, Regeln und Prozesse für eine schnellstmögliche und ambitionierte Umsetzung des Pariser Abkommens müssen konstruktiv weiterverhandelt und möglichst schon vereinbart werden, damit das Abkommen spätestens 2020 in Kraft treten kann.
- Die technischen Verhandlungen und Vereinbarungen müssen so erfolgen, dass die Bedürfnisse der ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen im Vordergrund stehen und konsequent ein menschenrechtlicher Ansatz verfolgt wird.
- Die Minderung der Treibhausgase muss schon vor dem Jahr 2020 weiter vorangetrieben werden, auch wenn die Maßnahmen des Abkommens dann erst offiziell beginnen sollten.
- Bei der Interpretation und Umsetzung des Abkommens muss das Thema Anpassung beziehungsweise die Bewältigung von klimabedingten Schäden und Verluste ebenbürtig mit dem Thema Minderung von Treibhausgasemissionen behandelt werden.
- Der „Internationale Warschau-Mechanismus für klimabedingte Schäden und Verluste“ (WIM) muss weiter bestätigt und gestärkt werden.
- Ein glaubwürdiger und nachvollziehbarer Fahrplan für die internationale Klimafinanzierung muss vorgelegt werden

Ideen für eine kohlenstoffarme und klimaresiliente Entwicklung sowie die Bewältigung von klimabedingten Schäden und Verlusten ein.

Gerade die ärmsten und verletzlichsten Staaten werden in Marokko darauf pochen, dass die Regeln für das Pariser Klimaabkommen festgelegt werden, bevor es in Kraft treten kann. Ebenso spielt die Registrierung der **Nationally Determined Contributions (NDCs)**, der „national festgelegten Beiträge“, eine Hauptrolle. Sie bezeichnen die Ziele von Staaten zur Treibhausgas-Emissionsminderung, welche die Länder selbst bestimmen und dem UN-Klimasekretariat melden.

Die Überprüfung der Arbeit des **Internationalen Warschau-Mechanismus** zu klimabedingten Schäden und Verlusten sowie die Entwicklung der Arbeitsaufgaben des **Komitees für Kapazitätenaufbau** sind ebenfalls von zentraler Bedeutung für die vulnerablen Staaten. Auch die Ambitionssteigerung zum Klimaschutz in den nächsten Jahren bevor das Abkommen dann spätestens 2020 in Kraft treten wird, ist für sie wichtig. Besonders umstritten ist die Frage der **internationalen Klimafinanzierung**. Dieses Thema wurde nur unzureichend im Pariser Klimaabkommen verankert, sodass die Industriestaaten in Marrakesch dringend einen Vorschlag präsentieren müssen, wie sie ihre Finanzierungszusagen in den nächsten fünf Jahren erfüllen wollen. Dabei müssen sie auch erklären, wie der Aufwuchspfad und Mittelquellen zur Bereitstellung der versprochenen 100 Milliarden US-Dollar jährlich ab 2020 aussehen werden.

Die COP 22 muss einen Meilenstein für eine **effektive Implementierung** des Pariser Abkommens setzen. Bei den Klimazwischenverhandlungen, die vom 16. bis 26. Mai 2016 in Bonn stattgefunden haben, haben die Staaten bereits ihre Arbeit zur Umsetzung aufgenommen. Allerdings liefen die Verhandlungen in Bonn eher schleppend, da zunächst Uneinigkeiten über die Agenda ausgeräumt werden mussten und die Interpretation des Pariser Abkommens zeitintensiv diskutiert wurde. Infolgedessen ist der Arbeitsplan für den Gipfel in Marokko stark überladen, das Arbeitsvolumen stellt eine Herausforderung dar.

Auch die Umsetzung der **Lima-Paris-Action Agenda** darf nicht vergessen werden. Die Agenda riefen Frankreich, Peru, der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und das Sekretariat der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) zusätzlich zum Pariser Abkommen ins Leben. Ziel ihrer Initiative ist die Förderung des Engagements und von Partnerschaften zwischen

Städten, Regionen, Industrie und Zivilgesellschaft, auch zusammen mit Regierungen, zum Klimaschutz oder zur Stärkung der Klimaresilienz. Dazu sollen konkrete Best Practice-Beispiele, die es bereits gibt und die für eine längere Dauer angelegt sind, auf verschiedenen Leveln und weltweit gezeigt werden.

Worüber wird bei der COP 22 genau verhandelt?

1. Ad Hoc Working Group on the Paris Agreement (APA)

Um die Umsetzung des Pariser Abkommens vorzubereiten, wurde die Ad Hoc Working Group von the Paris Agreement (APA) initiiert. Bis zum 30. September 2016 hatten alle Vertragsstaaten die Möglichkeit, ihre Vorschläge zur Implementierung des Abkommens in Form von Submissions oder Technischen Papieren bei der Arbeitsgruppe einzureichen. Basierend darauf werden die Verhandlungen dann in Marrakesch weitergeführt. Im Fokus dabei stehen:

a) Minderung und die Nationally Determined Contributions (NDCs)

Die Überprüfung und das Monitoring der Minderung von Treibhausgasen sowie die jeweiligen national festgelegten Beiträge dafür sind nach wie vor zentrale Streitpunkte. Es gibt bisher keine Klarheit über ein einheitliches Berichtswesen zu den freiwilligen Minderungsbeiträgen. Auch ist unklar, was ein solcher Beitrag der Nationalstaaten überhaupt umfassen kann beziehungsweise muss und wie die einzelnen Beiträge der Staaten verglichen werden können. Zu sehr klaffen die Vorstellungen über einen angemessenen Beitrag auseinander. Den am wenigsten entwickelten Staaten (LDCs - Least Developed Countries) und der Gruppe der kleinen Inselentwicklungsländer (SIDS - Small Island Developing States) wurde in Paris außerdem eine längere Übergangsfrist bei der Erfüllung der Berichtspflichten zugestanden.

Neben Fragen von Messung, Monitoring und Vergleichbarkeit konkreter Emissionsminderungen gilt es auch dafür zu sorgen, dass wichtige Prinzipien des Pariser Klimaabkommens, zum Beispiel Ernährungssicherheit, Geschlechtergerechtigkeit und Biodiversität, bei allen Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen geschützt und befördert werden. Das heißt, wenn die Einhaltung der Verpflichtungen überprüft wird, muss auch analysiert werden, inwiefern Staaten Klimaschutzprojekte unter Beteiligung betroffener



Wirbelstürme und damit verbundene Überschwemmungen sind eine ständige Bedrohung für die Bewohnerinnen und Bewohner der flachen Küstengebiete im Süden Bangladeschs.

Bevölkerungsgruppen, im Besonderen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften, planen und umsetzen. Das gilt besonders bei der Frage von Landnutzung, die zwar bezüglich der Landwirtschaft ein großes Klimaschutzpotential birgt, aber in ärmeren Ländern auf vielfältige Weise auch der Ernährungssicherheit dient. So müssen die jeweiligen nationalen Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens auch mit der ebenfalls im letzten Jahr vereinbarten Agenda 2030 und ihren 17 globalen Zielen für eine nachhaltige, menschenrechtsbasierte Entwicklung übereinstimmen.

b) Weiterentwicklung der Kommunikation über Anpassungsmaßnahmen

Das Thema Anpassung an die veränderten Klimabedingungen ist gerade für Entwicklungsländer wichtig. Sie hatten sich besonders dafür eingesetzt, dass das Pariser Abkommen nicht nur ein Klimaschutzabkommen wird, sondern Anpassung gleichwertig mit Minderung behandelt. In Marrakesch müssen nun die Richtlinien und Ziele von Anpassungsmaßnahmen geklärt werden, welche Bereiche diese umfassen und wie sie mit anderen relevanten Themen verbunden werden.

c) Modalitäten, Prozedere und Rahmensetzung des Transparenz-Regelwerks für Maßnahmen und Unterstützung

Auch das im Abkommen vorgesehene Transparenz-Regelwerk für Maßnahmen und Unterstützung muss näher bestimmt werden, beispielsweise welche Kernthemen es abdecken soll. Entscheidend ist dabei besonders die Frage, ob und wenn ja wie flexibel ein solches Regelwerk in seinen Vorgaben sein kann.

d) Global Stocktake (Globale Bestandsaufnahme)

Im Pariser Abkommen wurde vereinbart, dass im Fünf-Jahres-Rhythmus eine Bestandsaufnahme über die Bemühungen aller Länder durchgeführt wird, die die globale Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius beziehungsweise möglichst unter 1,5 Grad begrenzen sollen. Die erste Bestandsaufnahme ist für das Jahr 2023 geplant. Einen unterstützenden Dialog zu den Aktivitäten zum Klimaschutz soll es 2018 geben, basierend auf dem dann erscheinenden Weltklimabericht des Weltklimarats (IPCC). Der Weltklimarat wurde im Rahmen des Paris-Abkommens gebeten, bis zum Jahr 2018 einen Sonderbericht zu erstellen, wie die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzt werden könnte. Bisher ist jedoch offen, wie die Bestandsaufnahme durchgeführt werden soll und was mit den Ergebnissen aus dieser passiert.



Immer wieder lassen Dürren wie hier in Malawi die Ernten vertrocknen und bedrohen somit das Überleben der Familien, die Getreide und Gemüse zum eigenen Überleben und Verkauf anbauen.

e) Die Modalitäten der Einhaltung und die Implementierung des Pariser Abkommens

Was passiert, wenn die Staaten ihre Versprechen nicht einhalten, die sie zur Umsetzung des Abkommens gegeben haben? Diverse Staaten haben bereits vorgeschlagen, dass es bei Nichteinhaltung keine Sanktionen oder Strafen geben dürfe. Stattdessen sollten die betroffenen Staaten unterstützt werden, um ihre Versprechen einhalten zu können. Dabei müssten die nationalen Umstände immer mit in Betracht gezogen werden.

2. Die Überprüfung des Warschau-Mechanismus zu klimabedingten Schäden und Verlusten

Beim Klimagipfel COP 19 in Warschau wurde 2013 der Internationale Warschau-Mechanismus für klimabedingte Schäden und Verluste gegründet. Dahinter verbirgt sich eine Arbeitsgruppe, die sich mit den schleichenden und plötzlichen Klimaveränderungen beschäftigt, die in armen und vulnerablen Ländern zu klimabedingten Verlusten und Schäden führen. In Marrakesch wird nun eine Überprüfung der Arbeit des WIM vorgelegt. Basierend auf deren Ergebnis soll dann ein neuer Arbeitsauftrag für die nächsten fünf Jahre verabschiedet werden.

3. Entwicklung des Arbeitsauftrages des Komitees für Kapazitätenaufbau

Capacity-Building ist in jeglicher Art und Weise wichtig für Entwicklungsländer, wurde in den letzten Jahren jedoch auf den Klimagipfeln eher stiefmütterlich behandelt. Wie ein entsprechender Arbeitsauftrag für ein geplantes Komitee aussehen könnte, wurde bereits in Bonn bei den Zwischenverhandlungen entwickelt und nun zur Verabschiedung in Marrakesch vorgeschlagen.

4. Minderungsanstrengungen vor 2020

Auch wenn die völkerrechtlich verpflichtenden Maßnahmen des Pariser Abkommens ab 2020 beginnen, dürfen die Minderungsanstrengungen bis dahin nicht aus den Augen verloren werden. Denn selbst wenn es gelingt, die Treibhausgasemissionen ab 2020 sukzessive zu verringern, macht das die bis dahin ausgestoßenen Emissionen nicht ungeschehen. Das verbleibende globale Emissionsbudget, um die im Abkommen verankerten Temperaturobergrenzen nicht zu überschreiten, wird bereits in wenigen Jahren aufgebraucht sein. Die Klimarisiken wachsen, wenn die Minderung von Treibhausgasen nicht sofort konsequent angegangen wird. Viele Industrieländer haben die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls gar nicht mehr unterzeichnet, die



Um im äthiopischen Hochland die Hänge vor Erosion zu schützen, legen diese Dorfbewohnerinnen und -bewohner Terrassen und Steinwälle an.

bis 2020 die Emissionen von Industrieländern regulieren sollte. Erst 2012 bei der COP 18 in Doha verpflichteten sie sich doch zu einer quantifizierbaren Reduktion von Emissionen entsprechend des Kyoto-Protokolls. In diesem haben sich die Industrieländer auch verpflichtet, jährliche Bilanzen beim UNFCCC über ihre Minderungsanstrengungen einzureichen, alle zwei Jahre ist ein Report über die erreichten Ziele fällig. Aus Sicht von Brot für die Welt muss die Anforderung von höheren Klimaschutzziele weiterhin ein zentrales Element bleiben, sonst wird das Pariser Abkommen auf einem noch niedrigeren Niveau starten als es für die Bekämpfung des Klimawandels noch wirksam sein könnte.

Vorschläge, wie zum Beispiel bei der Energiegewinnung aus Biomasse einen Teil der Emissionen durch die sofortige Abtrennung und Speicherung des Kohlendioxids in unterirdische Lagerstätten (Bioenergy with Carbon Capture and Storage - BECCS) aus der Atmosphäre zu entfernen, sind nicht nur mit vielen Unsicherheiten verbunden. Der mit dem Ausbau der Biomasse einhergehende Bedarf an Fläche würde auch Ernährungssicherheit, Biodiversität und Landrechte gefährden und damit wichtige Klimaanpassungs- und Entwicklungsziele konterkarieren. Die wenig erforschte CCS-Technologie gilt zudem als Hochrisikotechnologie, denn sie könnte zu Schäden durch Versalzungen im Grundwasser, in Böden und Oberflächengewässern führen.

5. Fahrplan für die internationale Klimafinanzierung

Die Industrieländer haben sich verpflichtet, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für die Entwicklungsländer bereitzustellen. Hierfür müssen ein Fahrplan sowie mehr Klarheit über Finanzierungsquellen und -kanäle, die Beiträge der einzelnen Länder sowie die Rolle von Entwicklungsbanken und des Privatsektors bei der Klimafinanzierung einschließlich entsprechender Anrechnungsregeln und der Einhaltung sozialer, menschenrechtlicher und ökologischer Standards erzielt werden.

Was sonst noch wichtig ist

Die COP 22 ist eine sehr wichtige, wenn auch extrem technische Verhandlungsrunde. Der politische Erfolg von Paris muss jetzt zielführend umgesetzt werden. In Marrakesch wird sich entscheiden, wie ehrgeizig und schnell das Pariser Abkommen umgesetzt wird. Es gibt viele Herausforderungen für die Staatengemeinschaft. Aber für eine ambitionierte Ausgestaltung des Pariser Abkommens sind nicht nur

- (1) die technischen Verhandlungen auf UN-Ebene wichtig, sondern auch
- (2) die Implementierung auf nationaler Ebene sowie
- (3) die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit.

Das Paris-Abkommen hat die Weichen gestellt, den Klimawandel einzudämmen und seine Folgen zu bewältigen. Der Umstand, dass sich die Staatengemeinschaft geschlossen für ambitionierte und langfristige Klimaziele ausspricht, sendet ein starkes Signal für eine langfristig angelegte Transformation in die Welt.

Wie erfolgreich diese Transformation verläuft, ob die Ziele des Abkommens erreicht werden und die vereinbarten Mechanismen wirken, hängt stark von den Anstrengungen der beteiligten Staaten als einzelne Akteure sowie von der Vertragsstaatenkonferenz als Ganzes ab. Für Deutschland bedeutet dies, auf nationaler Ebene den Kohleausstieg umzusetzen und innerhalb der G20 den Subventionsabbau für fossile Energien sowie die Bepreisung von Kohlendioxid-Emissionen voranzutreiben. Denn um den Klimawandel einzudämmen, müssen den Worten nun Taten folgen.

Ihre Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen zur Klimapolitik von Brot für die Welt

- Sabine Minninger, Referentin für Klimapolitik

Themen: Klimaabkommen, UNFCCC-Prozess, Klimafinanzierung, Anpassung, klimabedingte Schäden und Verluste, Internationaler Warschau-Mechanismus

sabine.minninger@brot-fuer-die-welt.de

- Ulrike Schumacher, Projektbearbeitung Klimapolitik

Thema: Ökumenische Kampagnenarbeit zur COP 22

ulrike.schumacher@brot-fuer-die-welt.de

- Eike Zaumseil, Referent für Klima und Landwirtschaft

Themen: Ernährungssicherheit, kritische Begleitung der Climate Smart Agriculture Alliance

eike.zaumseil@brot-fuer-die-welt.de

- Sophia Wirsching, Referentin für Migration und Entwicklung

Themen: Menschenrechte, klimabedingte Flucht, Migration und Umsiedlungen

sophia.wirsching@brot-fuer-die-welt.de

- Dr. Joachim Fünfgelt, Referent für Energiepolitik

Themen: Nachhaltige Überwindung von Energiearmut im globalen Süden durch erneuerbare Energien, globale Energiewende, kohlenstoffarme Entwicklungsstrategien,

joachim.fuenfgelt@brot-fuer-die-welt.de

- Annegret Zimmermann, Referentin für Klima und Tourismus

Themen: Verantwortliche, nachhaltige und klimafreundliche Tourismuskonzepte, Regularien für Flug- und Schiffsemissionen, ICAO- und IMO-Prozess

annegret.zimmermann@brot-fuer-die-welt.de

- Alexander El Alaoui, Referent für Ethisches Investment und Nachhaltigkeit auf den Finanzmärkten

Themen: Auswirkungen des Klimawandels auf die Stabilität der Finanzmärkte, Abbau klimaschädlicher Investitionen, Divestment-Strategien

alexander.elalaoui@brot-fuer-die-welt.de

- Johannes Grün, Referatsleiter Wirtschaft und Umwelt

Themen: Engagement der Kirchen und interreligiöse Aktionen, Bewahrung der Schöpfung
johannes.gruen@brot-fuer-die-welt.de

Zum Weiterlesen:

Brot für die Welt /Germanwatch/ACT Alliance (2016): Making Paris Work for Vulnerable Populations: Closing the Climate Risk Gap. Veröffentlicht unter: http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/media-pool/2_Downloads/Fachinformationen_vorausichtlicher_Veroeffentlichungstermin_24.10.2016

Brot für die Welt (2016): Das Pariser Klimaabkommen - Auftrag für eine klimagerechte Zukunft. Profil 21. Veröffentlicht unter: http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Profil/profil_21_paris_abkommen.pdf

Unser Team berichtet Aktuelles vom Klimagipfel in Marrakesch auf unserer Webseite:

<http://www.brot-fuer-die-welt.de/politik.html>

Impressum

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst

Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin

Telefon: +49 30 65211 0

E-Mail: info@brot-fuer-die-welt.de

www.brot-fuer-die-welt.de

Autoren Alexander El Alaoui, Joachim Fünfgelt, Johannes Grün, Sabine Minninger, Ulrike Schumacher, Sophia Wirsching Eike Zaumseil, Annegret Zimmermann

Redaktion Maike Lukow

Fotos Christof Krackhardt (S. 7), Ralf Maro (S. 6),

Probal Rashid (S. 5), Thomas Venker (S. 1, 2)

V.i.S.d.P. Klaus Seitz

Layout Grafik-Atelier Reinhard Mang

Druck Umweltdruckerei, Hannover

Art. Nr. 129 7 0042 0

Oktober 2016

Spenden

Brot für die Welt

Spendenkonto: 500 500 500

Bank für Kirche und Diakonie

BLZ: 1006 1006

IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00

BIC: GENODED1KDB